**\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Zivilgesellschaftliches Bündnis „TTIP Stoppen“ übergibt Forderungen nach parlamentarischer Enquete an EU-Ausschuss Mitglieder**

*Wien, am 23.04.2014:* Heute hat das Bündnis „TTIP –Stoppen“ am Ende des öffentlichen Ständigen Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union VertreterInnen der Parlamentsfraktionen erneut die Forderung nach einer Parlamentarischen Enquete übergeben. Über 13.000 Personen unterstützen bereits dieses Anliegen. Sie haben im Rahmen der parlamentarischen BürgerInneninitiative zu TTIP ([www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI\_00042/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI_00042/index.shtml)) online und offline unterschrieben.

**Inakzeptable Geheimhaltung**

TTIP wird unter nicht akzeptabler Geheimhaltung verhandelt. Zivilgesellschaftlichen AkteurInnen und auch ParlamentarierInnen wird der Zugang zu den Verhandlungsdokumenten weitgehend verwehrt. „Diese Politik der Geheimhaltung widerspricht demokratischen Prinzipien und missachtet das Menschenrecht auf politische Teilhabe und Selbstbestimmung“, so eine Vertreterin des Bündnisses „TTIP Stoppen“. Um einen transparenten und offenen Prozess zu gewährleisten fordert das Bündnis alle Abgeordneten zum Nationalrat auf, sich für die Offenlegung aller verhandlungsrelevanten Dokumente und eine ausführliche parlamentarische Debatte u.a. im Rahmen einer parlamentarischen Enquete unter Einbindung der Zivilgesellschaft einzusetzen.

**TTIP goes public**

Das TTIP-stoppen Bündnis organisiert in Kooperation mit Zige TV (<http://zige.tv/>) einen Livestream und eine Aufzeichnung der Debatte, damit alle interessierten BürgerInnen die Diskussion über TTIP im ständigen Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union live oder später verfolgen können. „Wir machen die Debatte um TTIP mit Hilfe des Web 2.0. öffentlich. Die Menschen in Österreich haben das Recht über die massiven Folgen von TTIP informiert zu sein“ zeigt sich eine Aktivistin von TTIP stoppen entschlossen.

**Regierung muss sich für öffentliche Information einsetzen**

Die österreichische Regierung steht hier in der Pflicht: „Die Regierung – und hier inbesondere Wirtschaftsminister Mitterlehner aber auch Kanzler und Vizekanzler – müssen sich dafür einsetzen, dass das gesamte Verhandlungsmandat, alle Verhandlungsdokumente und der gesamte Prozess öffentlich und dem österreichischen Parlament zur Diskussion vorgelegt werden und die österreichische Bevölkerung informiert wird“, so eine Vertreterin des Bündnisses abschließend.

**Das Bündnis TTIP stoppen fordert im Rahmen der BürgerInneninitiative:**

* eine Stellungnahme aller Ministerien über die Auswirkungen von TTIP
* eine Parlamentarische Enquete über dieses Abkommen und insbesondere über Klagerechte der Konzerne und der Vorhaben der regulatorischen Kooperation
* die begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen
* die Offenlegung aller verhandlungsrelevanten Dokumente
* das Aussetzen der Verhandlungen solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keinen demokratischen Prozess gibt

**Fotos der Aktion**
Fotos der Aktion sind ab 14.00 Uhr unter der Homepage des Bündnisses „TTIP Stoppen“ zum Download verfügbar: [www.ttip-stoppen.at](http://www.ttip-stoppen.at)

**Zur parlamentarischen Bürgerinitiative:**
[www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI\_00042/index.shtml](http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BI/BI_00042/index.shtml)